

Kippen der Beiträge bleibt Ziel

Bürgerinitiativen diskutieren Kommunalrechts-Änderung

Pöbneck (OTZ/Truschzinski). Die Abschaffung von Zwangsbeiträgen zur Herstellung von Abwassereinrichtungen und kommunalen Straßen bleibt Ziel vieler Bürgerinitiativen der Ostregion in Thüringen.

Der von der Bürgerallianz Thüringen kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes in Thüringen wird als „Einstieg in den Ausstieg aus einem überholten, willkürlichen Beitragsrecht“ unterstützt, bekräftigten die Teilnehmer einer gemeinsamen Informationsveranstaltung von „Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla“ (Birso) und der Sozialen Initiative Pöbneck (SIP) am Mittwochabend in Pöbneck, teilte SIP-Stadträtin Constanze Truschzinski mit. Angereist dazu waren u.a. Vertreter von Bürger-



Foto: OTZ/Tino Zippel

Frank Kuschel

initiativen aus Hirschberg, GEFell, Kahla und Gößnitz, der Bürgerallianz Thüringen und der Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümerversammlung Saale-Orla. Gastredner Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der Linkspartei und Vorstandsmitglied der

Bürgerallianz, informierte über den Stand zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und stellte die Grundzüge des von der Bürgerallianz verfassten Gesetzentwurfes vor. Ziel sei „ein realistischer Einstieg in die Abschaffung der unzumutbaren Zwangsbeiträge“ in Thüringen, welcher der kommunalen Selbstverwaltung gerecht wird und Grundstücksbesitzer entlastet.

Die Bürgerinitiativen werden mit Nachdruck alle Fraktionen im Thüringer Landtag auffordern, den parlamentarischen Geschäftsgang des Gesetzentwurfes positiv zu begleiten und eine für die Bürger erträgliche Gesetzesänderung im Kommunalabgabenrecht zu beschließen, betonten die in Pöbneck anwesenden Vertreter.